

Gegen (Rechts-) Extremismus auf allen Ebenen: Verbote prüfen und die Wurzeln mit politischer Bildung und Information bekämpfen

Rechtsextremismus spiegelt sich nicht nur in hohen Wahlergebnissen rechter Parteien wider, er ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Grundlage dieser Entwicklung sind vor allem nationalzentrierte Einstellungen, Vorurteile gegen Ausländer*innen und alles Fremde sowie Ängste um die eigene Zukunft in den Köpfen der Menschen: Gleichwohl ist nicht nur die Wahl rechter Parteien eine Gefahr für unser Zusammenleben. Immer unverhohlener, immer selbstverständlicher werden rechte Parolen auf unseren Straßen skandiert und in der Öffentlichkeit unwidersprochen hingenommen. Gleichzeitig erhöht sich die Zahl der Opfer rechter Gewalt seit Jahrzehnten in Deutschland.

Das ist kein neues Phänomen. Denn Nationalismus, Faschismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus (auch von links) und Islamfeindlichkeit waren in Deutschland nie verschwunden. Allerdings war es über Jahrzehnte stigmatisiert, diese Gesinnung offen nach außen zu tragen. Das wandelte sich mit der Gründung und Etablierung einer sogenannten parlamentarischen Alternative für Deutschland. Mit gezielten Provokationen und bewussten Tabubrüchen macht diese Partei es wieder salonfähig, rechtsextreme Gedanken offen zu artikulieren, nationalsozialistische Symbole und Parolen zu verbreiten und gegen Minderheiten zu hetzen. Selbst Deportationspläne sind 79 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz wieder Teil öffentlicher Diskurse. So setzte sich ein Kreislauf in Gang, in dem sich Gesellschaft und die rechtspopulistische Partei immer weiter gegenseitig radikalisieren. Inzwischen ist der Punkt erreicht, an dem die selbsternannte politische Alternative auch von den Gerichten als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuft wird. Inwieweit die Indizien ausreichen, ein Verbotsfahren gegen Höckes Ansammlung von Nationalsozialisten und Faschisten erfolgreich einzuleiten, gilt es nun zu prüfen.

Allerdings wäre ein Verbot nur ein Teilerfolg im Kampf gegen nationalsozialistisches und rechtsextremes Gedankengut. Denn gleichzeitig ist es erforderlich, konstruktive Alternativen zu rechtem Gedankengut in den Köpfen aufzubauen und in den Köpfen die demokratisch-freiheitliche Grundhaltung wieder fester zu verankern. Das gelingt nur, wenn in politische Bildungsarbeit intensiviert wird. Dafür reicht es nicht, wenn der sporadische Politikunterricht an Schulen ausgeweitet wird. Sowohl die Bundeszentrale als auch die Landeszentralen für die politische Bildung müssen ausreichend finanzielle Mittel verbindlich erhalten, um ihren politischen Bildungsaufträgen umfassend nachkommen zu können. Aber auch die Verbände als wichtiger Teil der Zivilgesellschaft sind gefordert, ihre politischen (Weiter-) Bildungsangebote auszuweiten und ihren Beitrag für unsere Demokratie zu leisten. Dies gilt insbesondere auch für die Migrationsdienste, um auch zugewanderten

Islamismus und Antisemitismus, die gleichermaßen eine Gefahr für unsere Demokratie sind, zu bekämpfen und für die Werte unseres Grundgesetzes zu werben. Auch hierfür müssen ebenso ausreichend Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.

Rechtes, populistisches Gedankengut abzubauen und Vertrauen in unsere Demokratie zu schaffen, gelingt nur dann, wenn politische Parteien und Presseämter von Bundes- und Landesregierungen es wieder schaffen, Politik besser zu erklären und Menschen bei politischen Entscheidungen mitzunehmen. Demokratie muss ihren unschätzbaren Wert deutlich zeigen und wieder attraktiv für alle Bevölkerungskreise werden. Das gelingt nicht, wenn Imagekampagnen mehr Stellenwert haben als politische Information. Schöne, gestellte Fotos tragen nicht dazu bei, Menschen abzuholen, die sich benachteiligt fühlen. Sicherlich sind politische Prozesse angesichts globaler und klimatischer Herausforderungen stetig komplexer geworden. Gleichwohl kann und darf es nicht dem Populismus überlassen bleiben, diese Komplexität mit einfachen Parolen vermeintlich zu erklären.

Des Weiteren müssen wir alle dafür streiten, eine neue Diskussionskultur zu schaffen. Wir müssen wieder mehr ins Gespräch kommen, weg von Social-Media-Diskussionen, bei denen Beleidigungen und Fake-News inzwischen zum Alltag gehören, hin zu realer Kommunikation. Das bedeutet aber auch, dass wir unterschiedliche Meinungen aushalten müssen, solange sie nicht gegen unsere demokratischen Grundwerte verstoßen.

Darum fordert die AWO Niederrhein Bund und Länder auf

- einen Expert*innenrat mit Verfassungsrechtler*innen und Politikwissenschaftler*innen einzusetzen, der unter Berücksichtigung aller Beweise die Einleitung eines Verbots der AfD prüft und gegebenenfalls verfassungsrechtliche Empfehlungen ausarbeitet,
- die Bundeszentrale als auch die Landeszentralen - wie auch die Landeszentrale in NRW - für politische Bildung mit ausreichend finanziellen Mitteln auszustatten, damit diese ihrem Auftrag umfassend nachkommen können, durch Maßnahmen der politischen Bildung Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken,
- die anstehenden Haushaltsberatungen zu nutzen, um die Mittel für die Integrationsdienste und politische Bildungsarbeit zivilgesellschaftlicher Akteure als Beitrag zum Kampf gegen Extremismus zu erhöhen,
- die Arbeit und Methoden der Presseämter zu überdenken und anstatt Vermarktung von Politik, den Schwerpunkt auf Vermittlung von Politik zu legen.